

Die Rechnung sehen, bevor sie kommt

Die Politik verspricht Wohlstand. Die Medien verkaufen Angst. Der Bürger bezahlt beides.

Hayek erklärt den Irrtum. Orwell erklärt die Sprache. Carnegie hilft beim Ertragen.

Jürgen Anderle

Ich bin leider volkswirtschaftlich interessiert.

„Leider“ deshalb, weil ökonomisches Wissen eine ausgesprochen lästige Angewohnheit mit sich bringt: Man erkennt die Rechnung meistens schon, während die Politik noch die Pressekonferenz zu ihrer Entstehung feiert.

Vielleicht führe ich deshalb drei Bücher fast immer mit mir: Friedrich August von Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft*, George Orwells *1984* und Dale Carnegies *Sorge dich nicht – lebe!*

Diese drei Bücher bilden inzwischen eine Art geistige Überlebensausrüstung.

Hayek erklärt mir, warum ich den Planern misstrauen sollte. Orwell zeigt mir, mit welcher Sprache Macht ihre Absichten verschleiert. Und Carnegie sorgt anschließend dafür, dass mich diese Erkenntnisse nicht vollständig auffressen.

Hayek und der Weg zur Knechtschaft

Hayek schrieb sein Buch während des Zweiten Weltkriegs; 1944 wurde es erstmals veröffentlicht. Es wird heute gerne verkürzt gelesen, entweder als Generalabrechnung mit jedem staatlichen Eingriff oder als historisches Werk, dessen Warnungen sich auf die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts beschränkten.

Beides wird ihm nicht gerecht.

Hayek behauptete nicht, dass jede staatliche Regel zwangsläufig in eine Diktatur führt. Seine Warnung war grundsätzlicher: Wenn eine Gesellschaft immer mehr konkrete Ergebnisse politisch festlegen will, muss sie irgendwann auch immer stärker bestimmen, wie sich der einzelne Mensch zu verhalten hat. Denn gemeinsame Ziele entstehen nicht von selbst. Sie müssen geplant, durchgesetzt und kontrolliert werden.

Genau darin liegt für mich die bedrückende Aktualität des deutschen Titels: *Der Weg zur Knechtschaft*.

Die heutige Wirtschaftspolitik, vor allem in der Europäischen Union, aber keineswegs nur dort, erscheint zunehmend als Spiegelbild dieses Weges. Nicht unbedingt, weil irgendwo in einem abgedunkelten Raum eine kleine Gruppe düsterer Gestalten beschlossen hätte, die Menschheit zu versklaven. Die Wirklichkeit ist vermutlich viel banaler - und gerade deshalb gefährlicher.

Regierungen, internationale Organisationen, Unternehmen und sogenannte Eliten stehen vor einer immer komplexeren Welt. Milliarden Menschen, globale Warenströme, Finanzmärkte, Migration, Energieversorgung, technologische Umbrüche, Klimapolitik, Kriege und soziale Spannungen sollen irgendwie koordiniert werden. Daraus entsteht beinahe zwangsläufig die Überzeugung, diese Welt könne nur noch durch mehr Daten, mehr Regeln, mehr Vorgaben und mehr Kontrolle gesteuert werden.

Vielleicht glauben viele der Verantwortlichen tatsächlich, dass es anders nicht mehr geht.

Doch wer die Welt steuern will, muss irgendwann die Menschen steuern.

Er muss festlegen, wie sie heizen, was sie essen, welches Auto sie fahren, welche Energie sie verbrauchen, wie sie investieren und welche Risiken sie eingehen dürfen. Er muss erwünschtes Verhalten fördern, unerwünschtes verteuern und abweichende Entscheidungen zunehmend rechtfertigungsbedürftig machen.

Ob dahinter gute Absichten, institutioneller Selbsterhaltungstrieb, wirtschaftliche Interessen oder tatsächlich düstere Motive stehen, ist für das Ergebnis nicht immer entscheidend. Der Mensch wird vom selbstverantwortlichen Bürger schrittweise zum Gegenstand politischer Steuerung.

Natürlich immer nur zu seinem Besten.

Der Staat übernimmt die Kosten

Vorne stehen Minister, lächeln in die Kameras und präsentieren ein neues Paket. Hinter ihnen leuchtet eine sauber gestaltete Schautafel. Darauf stehen große Zahlen, gute Absichten und Begriffe, gegen die vernünftigerweise niemand etwas haben kann: Entlastung, Gerechtigkeit, Transformation, Sicherheit und Zukunft.

Was auf der Schautafel meistens fehlt, ist die Antwort auf eine einfache Frage:

Wer bezahlt das?

Die politische Standardantwort lautet: der Staat.

Damit ist das Problem fürs Erste gelöst. Jedenfalls solange man nicht weiß, dass der Staat über kein eigenes Geld verfügt. Er kann es seinen Bürgern durch Steuern abnehmen, es sich zulasten künftiger Steuerzahler ausborgen oder durch eine Ausweitung der Geldmenge dessen Kaufkraft verringern lassen. Andere Möglichkeiten besitzt auch der fürsorglichste Staat nicht.

Aber „Wir nehmen es Ihnen später über Steuern, Schulden oder Inflation wieder weg“ klingt auf einer Pressekonferenz weniger überzeugend als „Der Staat übernimmt die Kosten“.

Deshalb heißt es auch nicht Ausgabe, sondern Investition. Schulden heißen Sondervermögen. Eine Steuererhöhung wird zum Solidarbeitrag. Eine neue Vorschrift ist kein Eingriff, sondern eine Schutzmaßnahme. Wenn eine Subvention die Folgen einer anderen politischen Entscheidung abmildern soll, nennt man das Entlastung.

An diesem Punkt kommt Orwell ins Spiel.

Orwell erklärt die Sprache

George Orwell verstand, dass politische Macht nicht erst dort beginnt, wo Menschen offen zu etwas gezwungen werden. Sie beginnt häufig schon dort, wo ihnen die Begriffe genommen werden, mit denen sie beschreiben könnten, was tatsächlich geschieht.

Wer die Sprache kontrolliert, muss die Wirklichkeit nicht sofort verändern. Es genügt zunächst, sie umzubenennen.

Eine Regierung macht daher keine neuen Schulden. Sie schafft finanziellen Spielraum. Sie erhöht nicht die Abgabenlast, sondern sichert die Finanzierungsbasis des Gemeinwesens. Sie verbietet keine Technologie, sondern fördert den Umstieg. Sie macht Energie nicht teurer, sondern setzt Lenkungsanreize. Und sie beschränkt nicht die Freiheit des Bürgers, sondern schützt ihn vor falschen Entscheidungen.

Das Geniale an dieser Sprache ist ihre moralische Konstruktion. Wer widerspricht, ist nicht einfach anderer Meinung. Er ist unsolidarisch, rückwärtsgewandt, wissenschaftsfeindlich oder verantwortungslos. Denn wenn eine Maßnahme bereits „gerecht“, „nachhaltig“ und „alternativlos“ genannt wurde, kann sich die Kritik kaum noch gegen ihre wirtschaftlichen Folgen richten. Sie muss sich zuerst gegen ihre moralische Verpackung verteidigen.

So wird Politik zum sprachlichen Versandhandel: Bestellt wird Wohlstand, geliefert werden Vorschriften, und die Rechnung liegt sicherheitshalber nicht im Paket.

Angst als Geschäftsmodell

Orwell hilft allerdings nicht unbedingt dabei, die Welt gelassener zu betrachten. Wer einmal damit begonnen hat, politische Sprache zu entschlüsseln, erkennt ihre Mechanismen plötzlich überall.

Dabei spielen auch die Medien eine zentrale Rolle.

Spätestens seit Corona konnte man beobachten, wie eng politische Kommunikation, mediale Aufmerksamkeit und menschliche Angst miteinander verbunden sind. Unabhängig davon, welche konkreten Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt notwendig oder gerechtfertigt waren, zeigte diese Zeit eines sehr deutlich: Angst bindet Aufmerksamkeit.

Und Aufmerksamkeit lässt sich verkaufen.

Angst ist das nahezu perfekte Medienprodukt. Sie ist billig herzustellen, emotional wirksam und beinahe unbegrenzt erneuerbar. Kaum ist eine Bedrohung aus den Schlagzeilen verschwunden, wartet bereits die nächste. Eine nüchterne Entwicklung erzeugt wenig Klicks. Eine drohende Katastrophe dagegen funktioniert zuverlässig.

„Es gibt unterschiedliche wirtschaftliche Szenarien“ liest kaum jemand.

„Experten warnen vor dramatischen Folgen“ funktioniert wesentlich besser.

So entsteht eine merkwürdige Allianz. Die Politik benötigt Aufmerksamkeit und Zustimmung. Medien benötigen Reichweite und Klickzahlen. Plattformen benötigen Erregung, damit ihre Nutzer möglichst lange bleiben. Und der verängstigte Bürger sucht ausgerechnet dort nach Beruhigung, wo seine Angst täglich neu produziert wird.

Clickbaiting ist dabei keine journalistische Fehlentwicklung am Rande. Es ist die ökonomische Konsequenz eines Geschäftsmodells, in dem Aufmerksamkeit zur Ware geworden ist.

Man muss Informationen nicht verbieten, um das Denken der Menschen zu beeinflussen. Es genügt, bestimmte Meldungen ständig sichtbar zu machen, andere verschwinden zu lassen und jede Entwicklung so dramatisch aufzubereiten, dass für Einordnung kaum noch Platz bleibt.

Orwell hätte dafür vermutlich keine große staatliche Zensurbehörde benötigt. Ein Algorithmus, der Empörung und Angst bevorzugt, erledigt vieles davon wesentlich effizienter.

Hayek erklärt den Irrtum

Hayek wiederum erklärt, weshalb die politische Steuerung der Wirtschaft regelmäßig an ihre Grenzen stößt.

Nicht unbedingt, weil Politiker oder Beamte dümmer wären als andere Menschen. Das Problem ist grundlegender: Das Wissen, das für vernünftige wirtschaftliche Entscheidungen benötigt wird, befindet sich nicht an einem Ort. Es ist über Millionen Menschen verteilt und steckt in Erfahrungen, Preisen, Bedürfnissen, Risiken, Fähigkeiten und Umständen, die keine zentrale Stelle vollständig erfassen kann.

Trotzdem tritt der moderne Staat zunehmend auf, als verfüge er über genau dieses Wissen.

Er weiß, welches Auto wir künftig fahren sollen. Er weiß, womit wir heizen sollen. Er weiß, welche Energieform richtig ist, welche Ernährung gesund, welche Investition nachhaltig und welches Verhalten gesellschaftlich erwünscht ist.

Wenn die Menschen anders handeln, liegt das selbstverständlich nicht daran, dass sie andere Bedürfnisse oder Informationen besitzen. Dann wurden sie falsch informiert und müssen durch Steuern, Förderungen, Verbote oder sanften regulatorischen Nachdruck auf den richtigen Weg gebracht werden.

Die Planer nennen das Steuerung.

Hayek nannte es die Anmaßung von Wissen.

Eine Volkswirtschaft ist keine Excel-Tabelle, in der man an einer Stelle den gewünschten Zielwert einträgt und anschließend nur noch die notwendigen Formeln nach unten kopiert. Menschen reagieren. Unternehmen passen sich an. Kapital weicht aus. Preise verändern sich. Neue Knappheiten entstehen. Eine Förderung erzeugt Mitnahmeeffekte, ein Verbot schafft Umgehungen, und eine Preisobergrenze sorgt zuverlässig dafür, dass irgendwann genau das knapp wird, dessen Preis politisch begrenzt wurde.

Die Verantwortlichen zeigen sich davon regelmäßig überrascht.

Das ist bemerkenswert. Denn dieselben Menschen, die den Energieverbrauch, die Mobilität und die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten dreißig Jahre planen möchten, sind gelegentlich nicht einmal in der Lage, die Kosten ihres eigenen Gesetzes bis zum nächsten Budget vollständig abzuschätzen.

Der Glaube an die eigene Planungsfähigkeit bleibt davon unberührt. Scheitert eine Maßnahme, war nicht die Planung falsch. Es wurde lediglich zu wenig geplant, zu spät eingegriffen oder unzureichend kontrolliert.

Die Lösung für die Folgen staatlicher Steuerung ist daher fast immer mehr staatliche Steuerung.

Ein faszinierendes Geschäftsmodell: Man verursacht ein Problem, erklärt sich anschließend zu dessen unverzichtbarem Problemlöser und erhält dafür zusätzliche Kompetenzen.

Das Unglück, die Rechnung zu erkennen

Wer sich mit Ökonomie beschäftigt, hat bei diesem Schauspiel einen erheblichen Nachteil: Er kann die schönen Begriffe nicht mehr unbefangen genießen.

Er sieht bei einer Subvention nicht nur den glücklichen Empfänger, sondern auch den unbekannten Steuerzahler, der sie finanziert. Er sieht beim gesetzlichen Anspruch nicht nur dessen moralische Begründung, sondern ebenso die künftige Verpflichtung. Er sieht bei der Regulierung nicht nur das gewünschte Verhalten, sondern auch die Ausweichreaktionen, Kosten und verlorenen Alternativen.

Politik liebt den sichtbaren Nutzen. Ökonomie erinnert an die unsichtbaren Kosten.

Genau deshalb ist ökonomisches Denken so unbeliebt. Es stört die Feier, bevor die Torte angeschnitten wurde.

Manchmal wäre mir tatsächlich lieber, weniger davon zu verstehen. Dann könnte ich von einer zusätzlichen Milliarde an Ausgaben hören und mich einfach darüber freuen, dass „investiert“ wird. Ich müsste nicht darüber nachdenken, woher das Geld stammt, welche Anreize damit geschaffen werden und wer am Ende für die politischen Wohltaten aufkommen muss.

Unwissenheit wäre zweifellos bequemer.

Sie wäre nur nicht billiger.

Und dann braucht man Carnegie

Damit wären wir bei Dale Carnegie und *Sorge dich nicht – lebe!*

Hayek erklärt mir, weshalb ich den Planern misstrauen sollte. Orwell zeigt mir, mit welcher Sprache sie ihre Absichten und deren Folgen verschleiern. Carnegie muss anschließend verhindern, dass mich diese Erkenntnis auffrisst.

Denn es ist ausgesprochen ungesund, jeden wirtschaftspolitischen Unsinn persönlich zu nehmen. Die Fähigkeit, eine Fehlentwicklung früh zu erkennen, ist noch lange nicht mit der Fähigkeit verbunden, sie zu verhindern. Meistens darf man lediglich beobachten, wie sie sich genau in jene Richtung entwickelt, vor der man gewarnt hat.

Später erklären dieselben Verantwortlichen, diese Entwicklung sei völlig überraschend gekommen.

Spätestens dann braucht man Carnegie.

Er erinnert daran, zwischen jenen Dingen zu unterscheiden, die man beeinflussen kann, und jenen, über die man sich lediglich Sorgen macht. Das ist keine Aufforderung zur Gleichgültigkeit und schon gar nicht zum Wegsehen. Es ist geistige Notwehr.

Man muss informiert bleiben, ohne sich von jeder Schlagzeile beherrschen zu lassen. Man darf Gefahren erkennen, ohne in ständiger Angst vor ihnen zu leben. Und man muss akzeptieren, dass die Welt auch dann nicht vernünftig wird, wenn man sich täglich über ihre Unvernunft ärgert.

Man kann nicht jeden Morgen Hayek lesen, mittags die Nachrichten mit Orwell entschlüsseln und abends ohne Carnegie friedlich einschlafen.

Vielleicht trage ich deshalb diese drei Bücher tatsächlich fast immer bei mir:

Hayek für die Freiheit. Orwell zur Warnung. Carnegie fürs Leben.

Hayek zeigt, dass kein Mensch und keine Behörde genug wissen kann, um eine Gesellschaft nach einem einheitlichen Plan zu steuern. Orwell zeigt, wie leicht sich das Scheitern dieses Plans sprachlich in einen Erfolg verwandeln lässt. Und Carnegie hilft dabei, den Fernseher auszuschalten, bevor man ihn aus dem Fenster wirft.

Ökonomisches Wissen macht das Leben nicht unbedingt angenehmer. Aber es schützt vor der Illusion, politische Wünsche könnten die wirtschaftliche Wirklichkeit ersetzen.

Denn am Ende kommt die Rechnung.

Nur die Pressekonferenz dazu ist dann meistens längst vergessen.